

TERMINE**Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen****Gesetze und Verordnungen (laufende und geplante Verfahren)**
Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch - Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland
 - zustimmungsfrei - besonders eilbedürftig

- UPD wird im Rahmen einer Stiftung bürgerlichen Rechts neu strukturiert und verstetigt
- GKV-Spitzenverband errichtet die Stiftung und finanziert diese – ab 01.01.2024 jährlicher Zuschuss von 15 Mio. Euro (PKV übernimmt Anteil von 7 %)
- Änderungsanträge (wurden aus verfahrenstechnischen Gründen vorläufig zurückgezogen):
 - Überarbeitung der Richtlinie Hämotherapie: Verbot von Diskriminierung bei der Spenderauswahl für Blutspenden
 - Änderung des § 20a SGB V für eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung der Krankenkassen im Bereich der lebensweltbezogenen Gesundheitsförderung und Prävention
 - Aussetzung der Budgets in der ambulanten Kinderheilkunde
 - Regelung der Unterstützungs- und Beratungspflicht des Instituts für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) gegenüber dem Bundesministerium für Gesundheit bei der Vorbereitung politischer Entscheidungen und gesetzlicher Regelungen zur Krankenhausversorgung
 - Klarstellung der Verordnungsmöglichkeit der Krankenhäuser für Krankenfahrten im Rahmen der tagesstationären Behandlung nach § 115e SGB V

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
vsl. 31.03.2023	2. Durchgang Bundesrat
vsl. 16.03.2023	2./3. Lesung Bundestag
01.03.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
10.02.2023	1. Durchgang Bundesrat
26.01.2023	1. Lesung Bundestag
21.12.2022	Kabinettsbeschluss
17.10.2022	Referentenentwurf

Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln
(Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz – ALBVVG)
 - zustimmungsfrei -

- Verbesserung der Versorgung mit Arzneimitteln für Kinder
- Maßnahmen zur Diversifizierung der Lieferketten und verbindliche Vorratshaltung bei Rabattverträgen
- Unterstützung von Marktsegmenten mit wenigen Anbietern bei Festbetrags-Arzneimitteln
- Verfahren zur frühen Erkennung von Versorgungsengpässen

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
vsl. 07.07.2023	2. Durchgang Bundesrat
vsl. 22. oder 23.06.2023	2./3. Lesung Bundestag
vsl. 14.06.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
vsl. 24. oder 25.05.2023	1. Lesung Bundestag

vsl. 12.05.2023	1. Durchgang Bundesrat
vsl. 29.03.2023	Kabinettsbeschluss
14.02.2023	Referentenentwurf
16.12.2022	Eckpunkte

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften (OZG-Änderungsgesetz – OZG-ÄndG)

- Ausweitung des unmittelbaren Gültigkeitsbereiches des Onlinezugangsgesetzes auf Krankenkassen und gesamte Sozialversicherung
- Krankenkassen werden zu unmittelbarer Anbindung an das Bürgerkonto des Bundes verpflichtet

20.01.2023	Referentenentwurf
------------	-------------------

Vorschlag zur Verlängerung der Umsetzungsfristen der Medizinprodukteverordnung (MDR) – besonders eilbedürftig (beschleunigtes Mitentscheidungsverfahren) –

- Gestaffelte Verlängerungen der Übergangsfristen der seit 2021 geltenden MDR: 31.12.2027 für Medizinprodukte mit höherem Risiko (Klasse III und IIb), 31.12.2028 für Medizinprodukte mit geringerem Risiko (Klasse IIa und I)
- Bestände von Medizinprodukten, die auf den Markt gebracht wurden und noch verfügbar sind, können weiter auf dem Markt verbleiben

Am Tag der Verkündung	Inkrafttreten
Anfang März 2023	Annahme Rat
16.02.2023	Europäisches Parlament
06.01.2023	Vorschlag der Europäischen Kommission
09.12.2022	Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO): Aufruf der EU-Gesundheitsminister zur Vorlage eines Vorschlags

Cannabis-Legalisierung

- Einführung einer kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften
- Produktion, Lieferung und Vertrieb von Genusscannabis werden innerhalb eines lizenzierten und staatlich kontrollierten Rahmens zugelassen

25.10.2022	Eckpunkte der Bundesregierung
------------	-------------------------------

Gesetze und Verordnungen – Corona-Pandemie

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Aussetzung von Verpflichtungen nach § 28b Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes

- Aussetzung der Maskenpflicht (Ausnahme: Besucherinnen und Besucher) sowie der Testnachweispflicht in medizinischen Einrichtungen (Krankenhaus, Pflegeheime etc.) zum 01.03.2023 bis zum Ablauf des 07.04.2023
- Ändert die Schutzmaßnahmenaussetzungsverordnung

01.03.2023	Inkrafttreten
17.02.2023	Referentenentwurf

Abgeschlossene Gesetze und Verordnungen – Corona-Pandemie**Verordnung zur Aufhebung der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung
(SARS-CoV-2-ArbeitsschutzVO-ÄndV)**

- Aufhebung der Arbeitsschutzverordnung zum 02.02.2023

02.02.2023	Inkrafttreten
------------	---------------

23.01.2023	Referentenentwurf
------------	-------------------

**Verordnung zur Aussetzung von Verpflichtungen nach § 28b Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes
(SchutzmaßnahmenaussetzungsV)**

- Aussetzung der Maskenpflichten für den öffentlichen Personenfernverkehr ab dem 02.02.2023
- Beibehaltung der Maskenpflicht in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen

02.02.2023	Inkrafttreten
------------	---------------

16.01.2023	Referentenentwurf
------------	-------------------